

Nr. **3** Sept. '94

**Zeitgeschehen**  
**Entwicklung des Geldwesens**  
**Schulaufsicht, Minderheitenrechte**  
**Ankündigungen und Termine**  
**Dreigliederungstreffen in Berlin**

## Inhalt

Editorial .....	S 2
Zeitgeschehen.....	S. 2
Das Rätsel des Geldes - Zur Entwicklung des Geldwesens .....	S. 5
Dokumentation (Schulaufsicht, Minderheitenrechte).....	S. 11
Bekanntmachungen und Termine .....	S. 14
Netzwerk-Arbeitstreffen .....	S. 16

## Impressum:

Rundbrief *Dreigliederung des sozialen Organismus*. Herausgegeben von der Initiative "Netzwerk Dreigliederung". Redaktion: Dr. Christoph Strawe. Verwaltung: Sabine Frey. Adresse: Haußmannstr. 44a, D-70188 Stuttgart, Tel.: 0711-2368950, Fax: 0711-2360218. Es erscheinen in der Regel 4 Hefte pro Jahr. Versand (Abo) gegen Kostenbeitrag (Richtsatz für das volle Jahr DM 30,-). Zahlungen bitte durch Geldschein, Scheck oder Überweisung auf Konto Nr. 1161625, Treuhandkonto Czesla, Landesgirokasse Stuttgart, BLZ 60050101. Bitte jeweils das Stichwort "Rundbrief" angeben. Bei Beiträgen zum Kostenausgleich der Initiative "Netzwerk Dreigliederung" werden, soweit keine gesonderte Überweisung für den Rundbrief erfolgt, DM 30,- auf den Rundbrief angerechnet.

## Editorial

(cs) In den vergangenen Jahren haben wir es wegen der Belastung durch die Anthroposophischen Hochschulklassen nicht geschafft, den Rundbrief bereits im September, also turnusgemäß im letzten Quartalsmonat, herauszubringen. Dieses Jahr ist es - dank einer besseren Vorarbeit - endlich doch gelungen.

Wir hoffen, daß alle Leser eine schöne Urlaubszeit verlebt haben und gestärkt an ihre Aufgaben gehen konnten.

Wir würden uns freuen, viele von Ihnen im November in Berlin - bei der Tagung über Arbeitslosigkeit und dem anschließenden Netzwerk-Treffen - begrüßen zu können, auf das in diesem Rundbrief noch einmal hingewiesen wird.

## Notiert

(Mitte Juni bis Mitte August)

*Christoph Strawe*

Zum Thema „**Einkommensgerechtigkeit**“, das im Dezember in diesem Rundbrief behandelt wurde, gehört auch die zunehmende finanzielle Benachteiligung von kinderreichen Familien. Bundestagspräsidentin Rita Süßmuth erklärte gegenüber der Frankfurter Allgemeinen Sonntagszeitung am 19. 6. 94, immer mehr Familien mit Kindern gerieten in der Bundesrepublik ins soziale Abseits. Die BRD lasse sich das sog. „Ehegattensplitting“ 30 Md. DM pro Jahr kosten, während für die Kinder nur 22 Md. DM zur Verfügung stünden. Sie forderte einen Familienlastenausgleich. Ein Weg hierzu sei die Möglichkeit, das Existenzminimum von 600,- pro Kind von der Steuerschuld abzuziehen. Für Bezieher kleiner und mittlerer Einkommen müsse eine Kindergeldregelung gefunden werden.

\*\*\*

Kongreß des Deutschen Gewerkschaftsbundes DGB. Dieter Schulte (IG-Metall) wird zum neuen DGB-Vorsitzenden gewählt. Eine Strukturreform des DGB, eine Anpassung der **Gewerkschaftsbewegung** an gewandelte Verhältnisse, sei überfällig, so hört man. Ob sie gelingen kann, solange das alte Denken in den Kategorien von Arbeitgeberern und Arbeitnehmern, Verteilungskämpfen usw. nicht überwunden wird, ist mehr als eine Frage. In der letzten Zeit hatte sich der DGB aus finanziellen Gründen zur Entlassung zahlreicher Mitarbeiter - und damit zu einer typischen „Arbeitgeberattitüde“ - gezwungen gesehen.

\*\*\*

Streiks bei der **Post**. Mitte 1993 hatte sich die Regierung mit der SPD-Opposition auf die Privatisierung der drei Postunternehmen Postbank, Postdienst und Telekom geeinigt, die nach dieser Privatisierung nur noch der Rechtsaufsicht des Bundespostministeriums unterstellt sind. Die deutsche Postgewerkschaft ergriff Arbeitskämpfmaßnahmen für die soziale Absicherung der 670.000 Beschäftigten bei dieser Privatisierung. Nun ist der Weg der Postreform frei.

\*\*\*

Die **Wahlen zum Europaparlament** bringen enttäuschende Ergebnisse für die FDP (die den Sprung nicht schafft) und die SPD. Nach ihrem über viele Monate andauernden Tief hat sich die CDU wieder erholt und erzielt ein für diese Partei sehr zufriedenstellendes Ergebnis. Das gleiche gilt für die CSU. Die rechten „Republikaner“ scheitern. Auch für den Autor dieser Notizen unerwartet hohe Wahlergebnisse erzielt in den neuen Bundesländern die PDS, die mancherorts sogar die SPD übertrumpft. Der PDS ist es offenbar in hohem Maße gelungen, soziale Verunsicherung und Unzufriedenheit über das „Wie“ der deutschen Vereinigung für sich auszumünzen.

Bei den Landtagswahlen in Sachsen-Anhalt schneidet die SPD besser ab als die CDU und bildet eine rot-grüne Koalition unter dem neuen Ministerpräsidenten Höppner. Diese Koalition ist auf die stillschweigende Duldung durch die PDS angewiesen, was zu heftigen

und polemischen Auseinandersetzungen zwischen CDU und SPD führt.

Streit in der EU um die Nachfolge von Jaques Delors als **Präsident der EG-Kommission**. Die Briten setzen auf dem sog. Korfu-Gipfel durch, daß der von Deutschland und Frankreich favorisierte Belgier Jean-Luc Dehaene abgelehnt wird. Kandidat wird schließlich - nicht zuletzt auf Betreiben Helmut Kohls - der Luxemburger Jean Santer (von dem weniger Widerstand gegen nationale Sonderinteressen erwartet wird als von Dehaene). Santer bemüht sich um die Zustimmung des Europa-Parlaments zu seiner Nominierung, die er auch erhält (allerdings ist das Ergebnis sehr knapp).

\*\*\*

Erich **Honecker** ist tot. Bis zuletzt blieb er von der Überlegenheit des von ihm repräsentierten „Sozialismus“ über den „Kapitalismus“ überzeugt. Starrsinnig war er, ein Wendehals wurde er - gerade deswegen - nicht.

\*\*\*

Das Bundesverfassungsgericht hat entschieden: Die Beteiligung der **Bundeswehr** an sogenannten Out-of-area-Einsätzen der NATO im UNO-Auftrag ist verfassungsmäßig, - vorausgesetzt, der Bundestag faßt einen entsprechenden Beschluß mit einfacher Mehrheit.

An diese Entscheidung knüpft sich die Erwartung, Deutschland müsse jetzt eine maßgebliche Rolle in der Weltpolitik spielen. So äußerte sich auch Bill Clinton in Berlin, das Station einer Reise war, die ihn in mehrere europäische Hauptstädte führte. Angesichts der geschichtlichen Erfahrungen weckt diese Perspektive aber auch zahlreiche Befürchtungen. So hat man von offizieller Seite eher „abgewiegelt“.

\*\*\*

Feiern zum 50. Jahrestag des **Warschauer Aufstands**, zu denen Polens Präsident Walensa den Bundespräsidenten und den russischen Präsidenten geladen hatte (die auf dem Vormarsch befindliche russische Armee hatte damals vor Warschau haltgemacht und der Niederschlagung des Aufstands durch die Faschisten-Gewehr bei Fuß zugesehen). Die Rede Roman Herzogs, der Polen für die Naziuntaten um Vergebung bittet, findet in der polnischen Öffentlichkeit eine positive Resonanz. Boris Jelzin hatte sich bei den Feiern vertreten lassen.

\*\*\*

Die Zahl der **Arbeitslosen** in Deutschland beträgt am 4. August 1994 3,7 Millionen. Seit dem 1. August ist in Deutschland private Arbeitsvermittlung erlaubt.

\*\*\*

Im In- und Ausland löst das Urteil des Mannheimer Landgerichts gegen den NPD-Vorsitzenden Deckert Empörung aus. Deckert hatte sich u.a. an der **neonazistischen Lügenkampagne** zur Leugnung des Holocaust beteiligt. Das Gericht sprach eine milde Bewährungsstrafe aus und bestätigte dem bekannten Nazi, er sei „charakterstark“ und „verantwortungsbewußt“. Außerdem verfolge er ein echtes Anliegen, würden doch Wiedergutmachungszahlungen an Israel mit dem Holocaust begründet. Sein politisches Engagement sei dem Angeklagten „Herzenssache“.

Während in Deutschland die Unbelehrbaren den Nazismus reinzuwaschen versuchen, bemühen sich in Rußland Richter um die Bagatellisierung poststalinistischer Machenschaften: In Moskau wurde ein Mitverschwörer des Anti-Gorbatschow-Putsches, der seinerzeit das Ende der Sowjetunion einläutete, freigesprochen. Die übrigen Verschwörer waren bereits vorher vom Parlament begnadigt worden.

\*\*\*

Die **Menschenrechtssituation** bleibt prekär. In vielen Ländern werden die elementarsten Rechte der Menschen auf Leben und körperliche Unversehrtheit nicht respektiert. Der Bericht von Amnesty international für 1993 stellt fest, daß in 112 Staaten der Erde gefoltert wird. Auch in Staaten, in denen die Folter verboten ist, mehren sich Übergriffe einzelner Polizeibeamter, z.B. gegenüber Asylanten. Der Besuch des chinesischen Parteichefs Li Peng in der Bundesrepublik machte einmal mehr das Dilemma deutlich, in dem wir uns hinsichtlich der Durchsetzung der Menschenrechte befinden: Der Verantwortliche für das Massaker auf dem Platz des himmlischen Friedens wurde hofiert, weil die lukrativen wirtschaftlichen Verbindungen mit China von den politischen Beziehungen abhängig sind. Demonstrationen der Menschenrechtsbewegungen führten dazu, daß der Staatsgast größere Teile des Besuchsprogramms strich, um nicht „das Gesicht zu verlieren“.

\*\*\*

Der **Bosnien-Konflikt** ist in eine neue Phase getreten, nachdem die bosnischen Serben den Friedensplan der internationalen Kontaktgruppe (der ihnen bereits weitgehende Zugeständnisse macht!) ablehnen. Der Führer des durch die internationalen Sanktionen gebeutelten Restjugoslawiens Milosevic bricht daraufhin die Beziehungen zu den bosnische Serben ab und macht die Grenze dicht.

\*\*\*

**Kein Ende des Sterbens in Ruanda und den Flüchtlingslagern in Zaire:** Der schwergeprüfte afrikanische Kontinent kommt nicht zur Ruhe. Der fortdauernde Bürgerkrieg in Somalia ist fast schon wieder vergessen. Jetzt stehen im Mittelpunkt der Aufmerksamkeit die Bilder des Grauens aus **Goma** und anderen Lagern in Zaire. Dorthin haben sich Millionen Menschen vor der befürchteten Rache der im ruandischen Bürgerkrieg siegreichen „Patriotischen Front“ geflüchtet. Diese hat in der Hauptstadt Kigali eine neue Regierung etabliert, mit einem Vertreter des Stammes der Hutu an der Spitze, was offenbar als Signal nationaler und ethnischer Versöhnung gemeint war. Dennoch ist die Angst geblieben, die nach wie vor von den Vertretern des alten Regimes (die Massenmörder sind vielfach in der Masse der Flüchtlinge untergetaucht) geschürt wird. Tatsächlich soll es zumindest vereinzelte Übergriffe gegen Zurückkehrende gegeben haben. Wegen der katastrophalen hygienischen Zustände in den Lagern brach die Cholera aus, die internationale Hilfe kam zu schleppe in Gang und ist immer noch mit vielen Problemen verbunden.

Es ist eine schwer zu durchschauende Verflechtung ethnischer, politischer und anderer Konfliktfaktoren,

die zu den grauenhaften Ereignissen beigetragen hat. Einen sehr wesentlichen Faktor in der Entwicklung des kleinen Landes (26.338 km<sup>2</sup>) stellt die Bevölkerungszunahme dar (1984 wurden noch 4,6 Mio Einwohner angegeben, 1994 7,5 Mio<sup>1</sup>). Daraus mußten Spannungen unter der bisher trotz aller Stammesunterschiede recht friedlich zusammenlebenden Bevölkerung erwachsen, die von den gewissenlosen Mordanstiftern (hauptsächlich aus der dem getöteten Diktator Habyarimana anhängenden Armee) ausgenutzt wurden. Auf eine halbe Million Menschen wurde die Zahl der zum großen Teil mit Äxten und Hackmessern Ermordeten geschätzt. Die internationale Staatengemeinschaft war nicht in der Lage, das Gemetzel zu verhindern. Das militärische Engagement Frankreichs - das ohnehin die Diktatur in Ruanda gestützt hatte - kam zu spät und wurde vielfach als Einmischung in den Bürgerkrieg empfunden. Inzwischen zieht sich Frankreich wieder zurück. Bei den Bemühungen um die Entspannung der Lage scheint dem in letzter Zeit in Bedrängnis geratenen Diktator von Zaire, Joseph Mobutu, eine Schlüsselrolle zuzuwachsen.

Ruanda war seit 1899 unter deutschen Protektorat (Deutsch-Ost-Afrika), seit 1920 Völkerbundmandat und seit 1946 UN-Treuhandgebiet, von Belgien verwaltet (Ruanda-Urundi). Seit 1962 Republik, und nachdem sich Habayarimana 1973 an die Macht geputscht hatte, Einparteiensstaat. 56% der Bevölkerung sind Katholiken, 13% Protestanten, 9% Moslems.

*Spenden für Ruanda sind u.a. auf folgende Konten möglich: Malteser-Hilfsdienst, Kennwort „Ruanda“, Kt. 5 000 000, Postbank Köln, BLZ 370 100 50. UNICEF, Kennwort „Ruanda“, Kt. 300 000 bei allen Banken und Sparkassen und beim PGA Köln.*

\*\*\*

Immer wieder macht der Schmuggel von Ausgangsmaterial für **Atomwaffen** Schlagzeilen, das vor allem aus den GUS-Staaten verschoben wird. Die Angst geht um, verrückte Diktatoren oder gar Gangsterbanden könnten auf solche Weise in den Besitz der Waffe gelangen und diese zu erpresserischen Manövern verwenden - oder sie gar zum Einsatz bringen, um Drohungen Nachdruck zu verleihen. So scheint es, daß die Freude über das Ende der Drohung mit den Atomwaffen im Zusammenhang mit der Überwindung der alten Blockkonfrontation verfrüht war.

Über die Kontrolle der Atomanlagen Nordkoreas wird weiter verhandelt, nachdem der nordkoreanische Diktator Kim Il Sung verstorben ist und eine neue Führung mit seinem Sohn Kim Jong Il an der Spitze das Ruder übernommen hat. Nordkorea verlangt als Gegenleistung für die Abschaltung seiner Graphitreaktoren Leichtwasserreaktoren. Eine erste Vereinbarung kommt Mitte August zustande.

\*\*\*

Eine gute Nachricht unter einer Unzahl schlechter: Deutschland hat die **Ausfuhr von Landminen verboten**. Landminen - als billiges Kampfmittel von den Konfliktparteien auf den Kriegsschauplätzen dieser

Erde „geschätzt“ - sind eine tückische Waffe, die vor allem unter der Zivilbevölkerung zu Opfern und Verstümmelungen führt, - oft noch viele Jahre nach Ende der kriegerischen Auseinandersetzungen. Denn so einfach und billig das Verteilen der Minen ist, so kompliziert und teuer ist ihre Entschärfung... Nötig wäre eine internationale Konvention über das Verbot des Einsatzes und der Verbreitung von Landminen und internationale Anstrengungen zur Minenräumung in minenverseuchten Gebieten...

\*\*\*

Anhaltende Bemühungen um eine Friedensregelung im **Nahen Osten**: Die formelle Beendigung des Kriegszustandes zwischen Israel und Jordanien wird als historischer Schritt gewertet. Ein erster Grenzübergang wurde geöffnet. Der amerikanische Außenminister Christopher versucht in Damaskus, eine Friedensregelung zwischen Israel und Syrien auf den Weg zu bringen, bisher allerdings noch ohne Erfolg. Deutschland eröffnet als erster ausländischer Staat im palästinensischen Jericho eine Vertretung.

Währenddessen geht Israel erneut mit Bombardierungen gegen die am Iran orientierte Hisbollah-Gruppe vor. Diese überzieht im Gegenzug jüdische Einrichtungen im Ausland mit Terror (Bombenanschlag in Argentinien).

\*\*\*

**Italiens** Regierungschef Berlusconi, im Sommer auch Gastgeber des G7-Gipfels in Neapel, gerät unter Druck, nachdem u.a. sein Bruder wegen Bestechung von Steuerbeamten verhaftet wurde. Berlusconi war in der Öffentlichkeit als Kämpfer gegen Mißwirtschaft und Korruption angetreten. Der ehemalige italienische Ministerpräsident Craxi wurde von einem italienischen Gericht wegen korrupter Machenschaften zu achteinhalb Jahren Gefängnis verurteilt, hat sich jedoch ins Ausland abgesetzt.

\*\*\*

Die USA setzen im UNO-Sicherheitsrat eine Entschließung durch, die ihnen freie Hand zum Eingreifen in **Haiti** gibt, um dort den gewählten Präsidenten Aristide wieder ins Amt einzusetzen. Dieser war von einer Militärdiktatur gestürzt worden.

\*\*\*

**Der islamische Fundamentalismus und der Fall „Tasmila Nasreen“**: Das Schicksal der 32jährigen Schriftstellerin aus **Bangladesh** bewegt die internationale Öffentlichkeit. Sie ist mit ihrer Kritik am Koran (bzw. seiner Auslegung im Hinblick auf die Stellung der Frau) zum Haßobjekt religiöser Fanatiker geworden. Diese mobilisierten 100.000 Menschen zu einer Massenkundgebung, auf der die Hinrichtung von T. Nasreen gefordert wurde. Die Fundamentalisten verlangen von der Regierung die Verabschiedung eines Blasphemiegesetzes, das „Gotteslästerung“ mit dem Tode bestraft. Ein solches Gesetz gilt bereits in Pakistan, - wo es der Denunziation und Rechtlosigkeit Tür und Tor geöffnet hat.

Die Fundamentalisten repräsentieren zwar keineswegs die Mehrheit (sie erhielten bei den letzten Wahlen nur 18 Sitze); sie werden aber - wie in zahlreichen

<sup>1</sup> Duden-Lexikon von A-Z, 1994; Harenberg aktuell Lexikon der Gegenwart 1994.

Ländern mit islamischer Mehrheit - von der Regierung gefürchtet. Dies ist der Grund, warum ihnen etwa in Pakistan das Zugeständnis eines solchen Gesetzes gemacht wurde. Die Regierung Benazir Bhutto hoffte offenbar, durch Konzessionen Schlimmeres, nämlich eine Machtübernahme der Fundamentalisten, zu verhindern. Die Fundamentalisten - mit Geldern aus den Ölstaaten bzw. dem Iran ausgerüstet - unterhalten ein subversives Netz und versuchen ihren Einfluß in Verwaltungen, Armee usw. auszubauen. Sie schaffen eigene Koranschulen und versuchen zugleich, das öffentliche - säkularisierte - Schulwesen durch Terror lahmzulegen. In **Bangladesh** - einem Land mit 90% Analphabeten - sollen so in den letzten Jahren 1400 Schulen zerstört worden sein. Gleichzeitig werden Anschläge auf Angehörige internationaler Hilfsorganisationen ausgeführt, unter dem Vorwand, diese würden das Land mit einem westlich-dekadenten Lebensstil infiltrieren. Religiöse Minderheiten (in Bangladesh die Hindus) werden terrorisiert. Nach demselben Muster gehen die Fundamentalisten auch in anderen Staaten, etwa Algerien vor, wo jüngst wieder mehrere Ausländer ermordet wurden.

Die Fundamentalisten stoßen in der Dritten Welt ganz bewußt in das ideologische Vakuum, das der Zusammenbruch des „real-existierenden Sozialismus“

hinterlassen hat. Der Islam - in seiner theokratisch-fundamentalistischen Interpretation - wird als dritter Weg zwischen materialistisch-individualistischem Kapitalismus und materialistisch-marxistischem Sozialismus dargestellt, die sich beide ad absurdum geführt hätten.

Angesichts dieser Entwicklungen wird in den westlichen Industriestaaten die These lanciert, das nächste Jahrhundert werden durch einen „Weltbürgerkrieg der Kulturen“ geprägt sein. Diese Ansicht beginnt auch in der Militärdoktrin des Westens eine entscheidende Rolle zu spielen.

Intellektuelle aus den islamischen Ländern - so der in der BRD lebende Perser Bahman Nirumand - klagen in diesem Zusammenhang darüber, daß im Westen ein undifferenziertes Bild des Islam herrsche und liberale Strömungen der islamischen Theologie schlicht ignoriert würden. So unterbleibe ein interkultureller Dialog, der die human gesonnenen Kräfte innerhalb des Islam stützen könne.

Der Fall Tasmila Nasreen ist für die Fundamentalisten ein Instrument der Massenmobilisierung. Tasmila Nasreen ist inzwischen in Schweden eingetroffen. Sie war in **Bangladesh** zunächst untergetaucht, hatte sich aber dann der Justiz gestellt. Nach Stellung einer Kaution blieb sie auf freiem Fuß.

# Das Rätsel des Geldes - Zur Entwicklung des Geldwesens<sup>\*)</sup>

Aus: Rundbrief „Dreigliederung des sozialen Organismus“, Nr. 3/1994

*Christoph Strawe*

Unser damals 5jähriger Sohn Arne unterhielt einen Kaufladen, in dem es viele wunderbare Dinge zu kaufen gab - von Kastanienkartoffeln bis zu Marmelbonbons. Zugleich betrieb er eine Notenbank, die selbstgemaltes Papiergeld emittierte. Bei dieser Bank hatte der Kaufladenkunde Kredit. Und das Schönste war: Im Laden bekam man immer mehr heraus, als man bezahlen mußte! Den Laden gibt es bis heute, leider hat sich das Verfahren beim Herausgeben inzwischen dem allgemein üblichen angenähert (man sieht, der Junge ist schulreif).

Im Ernst: Kinder haben noch kein Verhältnis zum Geld, so wenig wie die Menschheit in ihrer Kindheitsstufe rechenhaft mit Geld umging. Sie ahnen nach, was die Erwachsenen tun. Irgendwann wird man wach dafür, daß Geld eine wichtige Rolle im Leben spielt, das sein Fehlen z.B. die Ursache großer Sorgen sein kann, daß sein Besitz einen zum Herrn und Gebieter über den Reichtum der Warenwelt macht, ja daß es Macht über Menschen verleiht. Und daß es selber oft die stärkste Macht ist: so stark, daß viele Menschen sie geradezu anbeten.

Darin liegt ein Rätsel, und darin, daß über dieses Rätsel so wenig nachgedacht wird, liegt ein weiteres Rätsel. Wir lernen mit dem Geld umgehen, mehr oder weniger gut, aber wir verharren gegenüber dem Geldrätsel häufig in nur scheinbar kindlicher Naivität: denn in dieser Naivität steckt die List einer Berechnung: sie erspart uns im Hinblick auf unseren Umgang mit Geld jede Korrektur. Die Folgen unseres Umgangs mit dem Geld schreiben wir einfach diesem selbst zu. Was tut und läßt das Geld nicht alles: bekanntlich arbeitet es, vermehrt sich, macht zwar nicht glücklich, aber beruhigt so schön, stinkt nicht (obwohl man stinkreich sein kann), regiert die Welt, ja macht sie gar "go round". Da kann man nichts machen. Wir lehnen jede Verantwortung ab: das Geld ist selber schuld, wenn jemand zuviel davon hat.

Hartnäckig weigern wir uns, durch die Außenseite des Geldes hindurch auf die menschlichen Verhältnisse zu schauen, die sich in den Geldverhältnissen widerspiegeln. Auch R. Steiner bemerkt hartnäckigen Widerstand seiner anthroposophischen Hörer gegen die These, vom Gelde könne man nicht leben. Nur von der Arbeit anderer Menschen könne man leben, führt er aus; wer glaube, vom Geld leben zu können, liebe seine Mitmenschen nicht. Und daß sich Geld vermehre, nur weil man es habe, sei ein Unding. Geldvorurteile des Bürgertums macht er geradezu verantwortlich für den

Sieg des Bolschewismus in Rußland. (Vgl. Vortrag vom 30. November 1918 (GA 186).

Tiefere Naturen haben immer das Rätselhafte, ja Gespenstische des Geldwesens empfunden. Der Wert der unterschiedlichen Güterqualitäten wird im Geldausdruck auf eine reine Quantität reduziert, es findet insofern milliardenfach eine real höchst wirksame Abstraktion von der Qualität statt. Darin liegt schon die Möglichkeit beschlossen, daß sich jenes Abstraktum verselbständigt und zum Selbstzweck wird. Der Satz: "Der verkauft notfalls seine eigene Schwiegermutter", bezeichnet die Mentalität, die damit möglich wird. Hier setzt die Kritik des Marxismus ein. In den berühmten gewordenen Pariser Manuskripten von 1844 schreibt der junge Marx, das Geld als reine Quantität ersetze den Reichtum der sinnlichen Welt und der menschlichen Individualeigenschaften. Es werde zu einer Art Fetisch, in welchem den Menschen ihre eigenen gesellschaftlichen Verhältnisse als nicht bewußt gestaltbare "entfremdet" gegenüberstehen.

Das Geld wird hier zum Inbegriff eines Sozialprozesses, der vom Menschen noch nicht beherrscht wird und in dem Menschlichkeit immer wieder gefährdet ist. Die Unkontrollierbarkeit der Geldströme, die - von spekulativen Gewinnerwartungen bewegt - in der internationalen Spielhölle der Finanzmärkte vagabundieren, hat heute in der Tat einen traurigen Höhepunkt erreicht: Nicht wir steuern die Geldprozesse, wir werden von ihnen gesteuert - wie von einer „unsichtbaren Hand“ (Adam Smith).

Geld wurde immer mehr zum Instrument und damit zum Symbol des Egoismus. Stößt die Jagd nach dinglichen Reichtümern an natürliche Grenzen, so hat das Geld keinen abnehmenden Grenznutzen - oder wie der Schwabe sagt: "Mer kann nie gnuag hoimbrenge." - Sozialutopisten wie Thomas Morus (1478-1538) sehen daher im Geld den "Höllenhund": Eine ideale Gesellschaft wird eine Gesellschaft ohne Geld sein müssen. Die Bewohner der Morus'schen Insel Utopia bringen denn auch ihre Verachtung des Geldes dadurch zum Ausdruck, daß sie nur Nachttöpfe und Sklavenketten aus Gold herstellen. Auch der Marxismus träumt noch von der Überwindung der Ware-Geld-Beziehung in der reifen kommunistischen Gesellschaft.

Doch so stark manche Seiten der Analyse der Geldverhältnisse bei Marx auch sind, eine Therapie wird nicht geboten. Die Erfahrungen des sog. Kriegskommunismus und des Steinzeitkommunismus Pol Pots zeigen, daß man jenen widermenschlichen Mächten,

<sup>\*)</sup> Bei dem Artikel handelt es sich um die geringfügig überarbeitete Fassung eines Vortrags, den der Autor am 20. Januar dieses Jahres in Nürnberg gehalten hat. Wer tiefer in die Geldthematik einsteigen möchte, sei verwiesen auf: Udo Herrmannstorfer: Zur sozialorganischen Bewältigung des Geldwesens. In: Scheinmarktwirtschaft. Die Unverkäuflichkeit von Arbeit, Boden und Kapital, Stuttgart 1991. Und: Ders: Geld ist keine Ware. In: Grüne Schlage. Beiträge zur Förderung assoziativer Wirtschaft. Dornach, Winter 88/89. S. 3ff.

die man im Geld bekämpfen will, mit dessen Abschaffung nur um so sicherer verfällt. Der Egoismus ist eben nur der Schatten, der vom Licht möglicher Ich-Entwicklung geworfen wird: Man besiegt den Schatten nicht, indem man das Licht auszulöschen versucht. Ohne die Entwicklung der Geldverhältnisse hätten sich die Menschen eben auch nicht aus der Enge überkommener Bindungen emanzipieren können.

Die Frage, um die es geht, lautet nicht: Wie überwinden wir das Geld?, sondern: Wie bändigen wir das Geld? Wie machen wir es zum Instrument menschlichen Wirkens für menschliche Ziele? Wie muß der Geldprozeß gestaltet werden, damit er brüderlicher wirtschaftlicher Zusammenarbeit dient? Man sagt: In Geldsachen hört die Freundschaft auf. Man sollte besser sagen: In Geldsachen fängt die Brüderlichkeit an, hier wird sie real.

Dies darf kein moralisches Postulat bleiben, sondern muß zur wirklichen Gestaltungsaufgabe werden. Bewußte Gestaltung aber beginnt mit dem erkennenden Durchdringen des zu Gestaltenden. Wie ist das Geld historisch entstanden, welche Rolle spielte und spielt es im sozialen Organismus? Diese Fragen müssen wir uns stellen.

## Entstehung des Geldwesens - Warentausch und Arbeitsteilung<sup>1</sup>

Das Geld entsteht historisch in den alten theokratisch verfaßten Gemeinwesen. Opfergaben, die man an die Tempel abliefern, sind z.B. Vieh (das lateinische Pecunia, von dem unser heutiges Wort pekuniär abstammt, leitet sich von Pecus, Vieh ab), aber auch Edelmetalle, die als sakral-kultische Substanzen Verwendung finden. Die sumerischen und babylonischen Priester rechnen schließlich (ab 3000 v. Chr.) Abgaben der Bevölkerung in Quanta von Silber und Gold um - so entsteht die Funktion des Geldes als Maß der Werte. Diese Funktion macht es möglich, daß Vieh, Edelmetalle etc. auch als Tausch- und Zahlungsmittel verwendet werden können.

Der Banker von heute ist der Meinung, er handele mit Geld, wie andere eben mit anderen Gütern und Dienstleistungen handeln. Im allgemeinen Verständnis ist das Geld Ware. Als solche hat es seinen Preis, der mit Nachfrage und Angebot schwankt: Wir nennen ihn den Zins. Ist das richtig oder falsch gedacht? In der Tat: Alles Geld beginnt als Ware - oder Gut. (R. Steiner: "Alles Geld hat sich einmal aus Ware in Geld verwandelt", GA 340, S. 143). Es sind immer bestimmte Güter, die die zusätzliche Funktion übernehmen, Maß der Werte bzw. Tauschmittel zu sein. Und doch ist alles Geld immer schon ein erster Schritt über das Ware-Sein hinaus.

In einer Selbstversorgungswirtschaft ist Geld unnötig. Man produziert für sich: das Produzierte ist das Einkommen. Erst die Arbeitsteilung macht Tausch möglich und notwendig, Tausch wiederum fördert die

Arbeitsteilung.

Man sagt: Im Warentausch werden Güter einander gleichgesetzt. Das ist richtig und falsch zugleich. Richtig ist, daß - um die berühmte Marxsche Gleichung aus dem 1. Band von „Das Kapital“ zu verwenden - der Tausch von 20 Ellen Leinwand gegen 1 Rock diese gleichsetzt. Richtig ist aber auch, daß für jeden der Tauschpartner das Gut, das der andere herstellt, das höherwertige ist. Es ist schon hierbei ein durchaus nicht auf Ausbeutung beruhender "Vorteilsmehrwert" im Spiel. Im Warentausch tritt eine Art gegenseitiger Spiegelung der Werte auf: Um auszudrücken, was mir der Rock wert ist, sage ich - vielleicht beim Feilschen: Mein Rock ist mindestens 20 Ellen Leinwand wert, wenn nicht mehr.

### "Sachgeld"

Nun sind diesem Naturaltausch enge Grenzen gesetzt: ich muß gerade denjenigen finden, der das herstellt, was ich brauche, und der braucht, was ich anfertige. Je größer das Tauschvolumen mit sich entwickelnder Arbeitsteilung wird, um so mehr ergibt sich die Notwendigkeit, diese Grenzen zu überwinden. Die "Wertformen" entwickeln sich vom einzelnen, zufälligen Tauschverhältnis zur entfalteten, totalen Form, in der alle Waren ihren Wert in einer bestimmten Ware, der jeweiligen Äquivalentware ausdrücken, die damit schließlich die Rolle des Geldes übernimmt. (1 Rind = 2 Äxte; 2 Sack Getreide = 1 Axt, 1 Rock = 1 Axt usw.)

Man kann auch sagen: das Geld ist das allgemeine Äquivalent. Jetzt entsteht die Möglichkeit, beliebige Waren durch die Zwischenmetamorphose Geld in beliebige andere zu verwandeln: eine Art Alchimie, die die Arbeitsteilung ungeheuer stimuliert: Jetzt kann man sich beruhigt auf die Tätigkeit des Schusters, Bäckers, Bauers, Müllers etc. spezialisieren - und diese Spezialisierung stimuliert ihrerseits die Geldwirtschaft.

Die Äquivalentware dient nicht nur als Maß der Werte, Tausch- und Zahlungsmittel, sondern auch als Wertspeicher: Man kann jetzt verkaufen und erst später mit dem Erlös kaufen.

Die Palette solcher Waren (Sachgeld), denen die Rolle des allgemeinen Äquivalents zuwuchs, reicht von Kaurimuscheln über Beile, Steine, Teeziegel, Äxte, Rinder bis zu Silber, Gold und anderen Metallen, mit denen sie schließlich ganz und gar verwächst. Im Tausch solcher Waren gegeneinander liegt der Keim des internationalen Währungssystems. Gold und Silber erweisen sich als besonders geeignetes Medium nicht nur wegen der allgemeinen Wertschätzung, die noch aus ihrer sakralen Aura resultiert, sondern vor allen Dingen aus praktischen Gründen: Man muß sie nicht füttern wie Rinder, und es gibt keine Verlegenheit bei der Frage: "Haben Sie es passend?", die beim Preis von 1 Rind 50 offenbar nicht zu vermeiden ist. Beliebig teilbar, viel Wert in kleinem Volumen und Gewicht repräsentierend, erweisen sie sich allen anderen Medien als überlegen. Ein Vorteil, der sich noch verstärkt, nachdem man vom Teilen und Abwägen zur Münzprägung übergeht.

Die Edelmetalle behalten neben ihrem spezifisch

<sup>1</sup> Vgl. Wolfgang Latrille: Assoziative Wirtschaft. Ein Weg zur sozialen Neugestaltung. Die pragmatischen Aspekte der sozialen Dreigliederung, Stuttgart 1985, S. 141ff.

gesellschaftlichen Gebrauchswert der Tauschvermittlung auch noch den speziellen Warenwert als Ausgangspunkt für Schmuck u.a. Gerade diese Tatsache ermöglicht den Siegeszug des Geldes, weil es dessen Akzeptanzproblem entschärft. Nach dem Zweiten Weltkrieg - vor der Währungsreform - konnte man studieren, wie die Entwertung des „normalen Geldes“ dazu führen kann, daß die Rolle des allgemeinen Äquivalents wieder bestimmten Gebrauchswerten zuwächst, in diesem Fall vor allem der „Lucky Strike“, jener Zigarette, die allgemein als Zahlungsmittel akzeptiert wurde. Noch heute empfehlen Anlageberater, im Hinblick auf Inflationsängste, in Sachwerte zu investieren, Immobilien, Gold, Diamanten usw.

### Münzen

Der Übergang vom Sachgeld zum Münzgeld findet um 700 v.Chr. in Lydien und kurz darauf in Persien statt. Das Münzwesen entwickelt sich mit dem Tausch. Solange dieser die Selbstversorgung nur ergänzt, ist der Münzumsatz beschränkt, mit wachsender Arbeitsteilung vergrößert er sich. Die Namen der Münzen zeugen von ihrem Herstellungsprozeß: da gibt es den Taler (aus dem Joachimstaler Bergwerk) und den Groschen (den „gros tournois“).

Ein gewisser Ablösungsprozeß des Geldwerts vom Warenwert beginnt bereits durch die Einführung von Scheidemünzen, deren Nominalwert den Metallwert übersteigt. Das Recht der Festsetzung des Münzwertes beansprucht der Staat. Die Münzen, die Augustus als einheitliche Währung für den Mittelmeerraum einführt, tragen das Bild des Kaisers als Zeichen für diesen Tatbestand. Darauf hebt bekanntlich das Christus-Wort ab: Gebet dem Kaiser, was des Kaisers ist, und Gott, was Gottes ist. Es liegt für Könige und Fürsten sehr nahe, das auch damals schon existierende Problem der Staatsverschuldung durch Münzverschlechterung zu lindern (was im Grunde eine Umverteilung über Inflation zugunsten des Staates darstellt). Ebenso ist der chronische Mangel an Edelmetallen einer der Anlässe für die europäische Expansion in der frühen Neuzeit. Im Ergebnis erlebt Europa im 16. Jahrhundert allerdings durch das spanische Silber, das in Masse auf den Markt kommt, eine dramatische Inflation.

Eine besondere Rolle in der Geschichte des Geldwesens spielt das sogenannte Brakteatensystem, das von ca. 1150 - 1400 in Funktion war<sup>2</sup> und eine "Renovatio monetarum", einen kostenpflichtigen Umtausch der Münzen vorsah. Durch die z.B. mit dem Wechsel in der Herrschaft verbundene, jedenfalls vom Zeitpunkt her nicht kalkulierbare Münzerneruerung (die einer Gebühr von 10-25% unterlag, dem sog. Schlagschatz) wurden damals - so jedenfalls wird berichtet - Geldüberschüsse vom Kaufgeldgebiet ins Leihgeldgebiet (der Zins sank auf Null) und von dort ins Gebiet des Geisteslebens gesaugt. Die gotischen Dome, die Stadtkultur der damaligen Zeit seien die Folge solcher

Schenkungsprozesse.<sup>3</sup>

### Zins

Je weiter die wirtschaftliche Tätigkeit räumlich und zeitlich ausgreift, um so größer wird der Bedarf an Geld zur Vorfinanzierung wirtschaftlicher Unternehmungen. Es entstehen die Berufe der Wechsler und Geldverleiher. Für die Überlassung der Ware Geld wird eine Gebühr erhoben, der Zins. „An die Stelle von Leihen und Zurückleihen, von Borgen und Gegenborgen tritt in dem modernen Leihgeldprozeß der Zins: der Zins befreit von der Gegenseitigkeit im Vorgang.“<sup>4</sup> Ein reines Rechtsverhältnis zwischen dem Konsumverzicht leistenden Sparer und dem unternehmenden Leihnehmer im Leihgeldbereich tritt an die Stelle des persönlichen Verhältnisses der Gegenseitigkeit im Leisten. Der Zins in Form von Annuitäten ist der Ersatz des Leistungsausgleichs geworden. Die für uns oft frappierende Höhe von Zinsforderungen in älteren Zeiten hat einmal etwas mit Risikoabsicherung über den Zins zu tun: Wer für die Ausrüstung eines Schiffs Geld verlieh, mußte damit rechnen, daß viele Schiffe nicht zurückkehrten. Aber der Zins hat auch die andere Seite der Umverteilung des Reichtums zugunsten der Geldbesitzer. Im Zinseszins kommt dieser Aspekt besonders schroff zum Ausdruck. Daher blieb der Zins immer anrüchig. Das Zinsverbot des 1. Konzils von Nizäa (325) galt für alle Kleriker, in karolingischer Zeit auch für Laien. Die vom Zinsverbot nicht betroffenen Juden entwickelten sich so zu Hauptträgern des Geldwesens. Da die christlichen Kaufleute (Lombarden) das Zinsverbot mit zunehmender Bedeutung der Kreditgeschäfte ohnehin umgingen, wurde es seit Mitte des 16. Jahrhunderts gelockert.

## Die Emanzipation vom Stoff

### Papiergeld

Der Übergang zum Papiergeld (bei dem Banknoten als gesetzliches Zahlungsmittel neben die Scheidemünzen treten) bedeutet in der Geldgeschichte einen tiefen Einschnitt. Seit etwa 300 Jahren vollzieht sich der Siegeszug des Papiergeldes unaufhaltsam, seine frühen Formen reichen noch weiter zurück. Zunächst haben wir es mit Depositscheinen zu tun, die stellvertretend für deponiertes Münzmetall umlaufen. Das Papiergeld ist hier noch ein bloßer Repräsentant des Sachgeldes. Im 19. Jhd. setzt sich in Europa das Gold als "Eichmaß" und Deckung für den Wert des Papiergeldes durch. Bei der sogenannten gemischten Goldwährung handelt es

<sup>3</sup> An solche Erfahrungen anschließend haben dann Geldreformer wie Silvio Gesell in unserem Jahrhundert das Thema einer Umlaufsicherung des Geldes durch Abzinsung diskutiert, einer Abzinsung, die dem Geld seinen ungerechtfertigten Vorteil als „ewiger“ Wertspeicher gegenüber den vergänglichen und verblichenen Gütern und Leistungen nehmen und damit Geldhortung verunmöglichen soll. Eine kritische Würdigung der Ansichten Gesells liegt außerhalb der Absichten dieses Aufsatzes. Bemerkenswert sei immerhin, daß die Frage nach den Wirkungen des Brakteatensystems einer kritischen historischen Durchleuchtung bedürfte, etwa im Hinblick auf die Übertragbarkeit der damaligen Erfahrungen.

<sup>4</sup> Hans-Georg Schweppenhäuser: Bemerkungen zu einer organischen Geldordnung. In: Der Mensch in der Gesellschaft, S. 165.

<sup>2</sup> Vgl. z.B. Heinz Eckhoff: "Das assoziative Wirtschaftsleben". In: Stefan Leber (Hg.): Der Mensch in der Gesellschaft. Die Dreigliederung des sozialen Organismus als Urbild und Aufgabe, Stuttgart 1977, besonders S. 119ff.

sich dann um Banknoten, die zu einem Teil, z.B. zu einem Drittel, durch Gold und für den anderen Teil durch diskontierte Handelswechsel und andere Wertpapiere gedeckt sein müssen. Die Notenbank ist verpflichtet, die Noten in Gold einzuwechseln.

Im Grunde genommen ist jedoch in der Banknote (deren Materialwert gegen Null geht) bereits ein weitergehender Ablösungsprozeß des Geldes von der Ware veranlagt. Dieser wird sichtbar, sobald die Einlösungsverpflichtung in Gold aufgehoben wird. So haben wir in Deutschland nach dem Beginn des 1. Weltkrieges eine reine Papierwährung, seit 1931 tauscht die Bank von England Noten nicht mehr automatisch in Gold um, 1971 erfolgt die Aufhebung der Goldeinlösepflicht für den Dollar durch die Weltwährungsmacht USA - womit auch die Letztdeckung der Leitwährung durch Gold entfällt. Das Geld ist seiner „Jugendzeit“ als Ware endgültig entwachsen.

Geld fungiert nunmehr als dokumentiertes Anrecht auf einen Teil des gesellschaftlich Geleisteten. Im Grunde handelt es sich beim Papiergeld um "Kreditgeld": Ich habe Kredit bei Produzent A, im Hinblick darauf, daß dieser sich darauf verlassen kann, daß er bei B ebenfalls Kredit hat, wenn er die von mir erhaltene Note bei ihm gegen Ware eintauscht. Wenn wir nach wie vor so tun, als habe das Geld seinen Wert im Hinblick auf seine Deckung durch eine bestimmte Ware, so ist dies im Grunde ein Anachronismus: Vielmehr ist die Deckung heute der Leistungsprozeß selber und die aus ihm entspringende Gesamtheit der Güter und Dienste. In den Krisen zeigt sich, daß der dokumentierte Anspruch - der aus der Vergangenheit herrühren mag - nur dann etwas wert ist, wenn ihm Leistungen der Gegenwart gegenüberstehen. Man kann daher die moderne Gesellschaft eigentlich auch nicht mehr durch Sparen fördern: denn das Geld kann man nicht essen, im Gegensatz zu dem Korn, das Josef für die sieben mageren Jahre lagern ließ. Das Gedeihen einer modernen Gesellschaft ist davon abhängig, daß sie in gesunder Tätigkeit erhalten wird. Anders ausgedrückt bedeutet dies, daß Geld letztlich nicht mehr wert sein kann, als die Initiativen, die sich seiner bei ihrer Tätigkeit bedienen.<sup>5</sup>

### Buchgeld (Giralgeld)

"Geld" ist kein materielles Ding, sondern das Entstehen und Vergehen von Guthaben im Leistungs-Gegenleistungs-Gefüge der Wirtschaft. Diese Entwicklung des Geldes zum reinen Guthaben zeigt sich deutlich beim Übergang zum Buchgeld (Giralgeld): Der materielle Träger entfällt. Das Guthaben existiert letztlich nur "im Geiste". "Im Buch" oder im Speicher des Computers bzw. auf dem Girokontoauszug ist es nur noch einmal festgehalten und dokumentiert. Das Geld hat sich zur Recheneinheit verflüchtigt. Damit ist auch endgültig die Begrenzung des Geldumlaufs durch die Ressourcen an Münzmetall überwunden. Grenzen können dem Geldprozeß heute legitimerweise nur noch aus dem Gestaltungswillen und -vermögen der miteinander arbeitsteilig wirtschaftenden mündigen Menschen gesetzt werden. Die "Entmaterialisierung" des Geldes setzt eine ungeheure Wachstumsdynamik frei. Metallgeld muß zuerst als Schatz angehäuft und angespart werden, bevor es verliehen und investiert werden kann: Jetzt kann Kredit „geschöpft“ werden, im Hinblick auf Zukunftswerte und Zukunftserwartungen.<sup>6</sup>

Geld steht "im Buche" - was bedeutet das? R. Steiner: "Das Geld darf nichts weiter werden als eine große Buchführung, die jeweilige Anweisung für die Ware. Das, was als Geldschein ausgestellt wird, ist bloß auf die aktive Seite geschriebene Ware, die man dafür hingegen hat. So lange hat man an die Gesellschaft ein *Guthaben*, bis man... andere Ware dafür eingetauscht hat." (GA 192, S. 181). "Wir haben also als Geldumsatz die Weltbuchhaltung. Und das wäre dasjenige, was im Grunde jeder einsehen kann, das eigentlich angestrebt werden muß. Denn dadurch haben wir dem Geld wiederum zurückzugeben dasjenige, was es doch nur sein kann: das äußere Mittel für den Austausch." (R. Steiner: Nationalökonomischer Kurs, 1922, 11. Vortrag, GA 340.)

Was folgt daraus?

1. Die Tatsache, daß wir mit Geld nach wie vor so umgehen, als sei es noch Ware, schafft objektiv falsche, unmögliche Zustände. Ein Guthaben kann man nicht eigentlich verkaufen, sondern man kann nur darüber reden, wie lange es berechtigterweise Gültigkeit behält und wie der Fall in der richtigen Weise geregelt wird, daß ich auf seine Aktivierung zeitweilig verzichte und das Guthaben einem anderen solange abtrete (Leihgeld).<sup>7</sup>

2. Alle Einrichtungen, die zu Guthaben bei Menschen führen, die selber hierfür nichts geleistet haben, sind zu hinterfragen. Unproblematisch ist der Fall der Schenkung - wo der Leistende zugunsten anderer auf die Früchte seiner Leistungen verzichtet. Hierdurch wird niemand geschädigt, im Gegenteil. Problematisch ist es - auch sozialpsychologisch im Hinblick auf die Leistungsmotivation in einer Gesellschaft betrachtet -

<sup>6</sup> Die Entwicklung neuer Formen der Kapitalbeteiligung - z. B. durch Aktien oder Pfandbriefe - kann hier nicht behandelt werden. Erwähnt sei, daß Pfandbriefe schon Friedrich der Große einführt, der damit zum Vater unserer heutigen Kommunalobligationen, Bundesschatzbriefe usw. wurde.

<sup>7</sup> "Aus solchen Verhältnissen heraus wird sich allerdings auch ergeben, daß der Zinsbezug von einem Kapital im Laufe der Jahre sich immer mehr verringert. Das Geld wird sich abnutzen, wie sich die Waren abnutzen." (R. Steiner: Kernpunkte, Kapitel: Kapitalismus und soziale Ideen. GA 23).

<sup>5</sup> Vgl. Hermannstorfer: Geld ist keine Ware, a.a.O.

wenn z.B. über die Zinseszinsdynamik eine permanente Umschichtung von Reichtum zugunsten nichtleistender Geldbesitzer erfolgt, zu Lasten von Arbeitenden und Unternehmenden (die Geldkapital als Instrument ihres unternehmerischen Wirkens benötigen).

3. Die Buchführung ist für das Unternehmen da, nicht das Unternehmen für die Buchführung. Niemand würde den Buchhalter zum Leiter des Unternehmens machen. Wir sollten daher die leitende Rolle von Banken und Finanzgesellschaften in unserer Wirtschaft nicht akzeptieren, denn sie ist ein Ausdruck dafür, daß uns der Geldprozeß über den Kopf gewachsen ist.

## Die Frage nach der Werts substanz

### Faust und Mephisto

Viele der Leser werden wissen, daß Goethe - der einmal die Geldwirtschaft als die Alchimie der neueren Zeit bezeichnet hat - im II. Teil seines "Faust" Mephisto das Papiergeld erfinden läßt. Die zweite und die folgenden Szenen des I. Akts spielen in einer kaiserlichen Pfalz. Faust und Mephisto finden dort folgende Situation vor: Es herrschen Chaos, Rechtsunsicherheit und Revolutionsstimmung im Reich. Unermeßliche Staatsschulden haben sich angehäuft, die Soldaten desertieren, weil der Kaiser den Sold nicht mehr zahlen kann. Wenn es so weiter geht, wird das rauschende Fest, das beim Eintreffen der beiden gerade stattfindet, eines der letzten dieser Art sein. Man hat bereits alles verpfändet, was möglich ist, um Kredit zu bekommen. Jedes Mittel ist recht, um Prunk und Luxus zu erhalten. Das ist Mephistos große Stunde: Hat nicht der Kaiser ein altes Recht auf die im Boden des Reichsgebietes vergrabenen Schätze? - Und was mag im Laufe der Jahrhunderte nicht alles dort vergraben worden sein? - Warum aber sich die Arbeit machen und die Schätze ausgraben? Man gebe Papiere aus mit dem vervielfältigten Namenszug des Kaisers, die jeweils einen bestimmten Teil dieser Schätze repräsentieren: Geldscheine, man könnte auch sagen: Scheingeld. Mephisto überzeugt das zuerst ungläubige Volk von der Existenz der Schätze, und erhält die Unterschrift des Kaisers. Und siehe da: die Sache scheint zu funktionieren: Die Wirtschaft kommt in Schwung, der Handel blüht, Arbeitsplätze entstehen, der Hof kann seine Schulden zahlen, eine Baukonjunktur bricht aus, und die Ladenregale füllen sich.

### Geld-Affären, Geldtechnik ...

Goethes Behandlung des Problems hat ihren geschichtlichen Hintergrund in der sogenannten „Affäre John Law“ und in den „Assignaten“ der französischen Revolution.

Diese Affären zeugen, ebenso wie die Geschichte der Fugger, das Verhalten der Nazis und unzählige andere historische Beispiele, vom nie endenwollenden Geldhunger der Obrigkeit.

Kaiser Maximilian leiht sich bei den Fuggern 170.000 Dukaten für seinen Krieg gegen Venedig. Die **Fugger** bekommen dafür das Vertriebsmonopol am Tiroler Silber und ungarischen Kupfer. Karl V. wird mit 850.000 Fugger-Gulden, mit denen er die Kurfürsten „schmiert“, Kaiser.

1715 stirbt Ludwig XIV. Er hinterläßt einen Schuldenberg von

3,5 Md. Livres. (Die Staatseinnahmen betragen zu jener Zeit 150 Mio Livres pro Jahr. Bei 4% hätten also allein Zinsen die gesamten Staatseinnahmen aufgeessen.) Der Herzog von Orléans - als Regent für den unmündigen Ludwig XV. wirkend - holt den Schotten **John Law (1671-1729)** ins Land, der einen phantastisch-genialen Plan hat, die Schulden durch Ausgabe von ungedecktem Papiergeld zu beseitigen. Law gründet eine Bank. Es wird ein Staatsgesetz erlassen, demzufolge alle Geschäfte mit Papiergeld abzuwickeln sind. Law gründet eine Aktiengesellschaft (die Mississippi-Kompanie), die ein Siedlungsprojekt durchführt, aus dem das spätere New Orleans entsteht. Die Leute erhalten Land und Kredit. Es wird eine Kapitalaufstockung durchgeführt: 50.000 Aktien à 500 Livres zum Kurs von 110% werden ausgegeben. Zugleich gibt die Bank einen Barkredit von 1,5 Md Livres an den französischen Staat, mit denen die Regierung offene Forderungen ablöst (Renten, Sold). Dies wirkt wie ein warmer Regen. Steigende Nachfrage nach den Law'schen Aktien treibt den Kurs auf 3600%, d.h. für eine Aktie vom Nennwert von 500 Livres beträgt der Kurswert 18.000 Livres. Doch nun werden die Spekulanten nervös und beginnen Aktien abzustoßen. Die Kurse brechen zusammen, die Leute stürmen die Law-Bank, um ihr Geld in Münzen tauschen zu lassen. Die Bank ist dem nicht gewachsen, und das Ganze endet mit dem Ruin vieler Anleger und der Rückkehr zum Münzgeld.

Die **Assignaten** (Zuweisungen) sind das Papiergeld der frz. Revolution. Sie wurden nach Nationalisierung der Kirchengüter durch die Nationalversammlung (2.11. 89) als verzinsliche Staatsobligationen auf enteignete Kirchengüter, Krondomänen und Emigrantenbesitz zur Deckung der Staatsschulden ausgegeben (19.12. 1789). Zunächst zirkulierten Assignaten - mit festgesetztem Zwangskurs - im Wert von 400 Mio Livres. Sie entwerteten sich rasch - zuletzt waren fast 46 Md. Livres im Umlauf - und wurden am 19.2.1796 abgeschafft und durch "mandats territoriaux" ersetzt. Auch diese waren durch Ländereien gedeckt: der Umlauf war auf 2,4 Mrd Livres begrenzt, trotzdem entwerteten auch sie sich schnell und hatten zuletzt nur noch 1/4000 des Nennwerts: im Mai 1797 wurden sie abgeschafft und durch Münzgeld aus Kriegskontributionen nach französischen Eroberungen ersetzt. (Immanuel Geiss: Geschichte griffbereit, Begriffe, S. 397).

Zur Geschichte der Geldaffären gehört auch ein Projekt der Nazis zur Finanzierung der Aufrüstung: 1933 wird eine Metallurgische Forschungsgesellschaft mbH gegründet, deren Wechsel (die sog. **Mefo-Wechsel**) akzeptiert werden müssen. Die Wechsel bekommen Rüstungsfirmen, die im Staatsauftrag arbeiten, die Notenbank löst diese Wechsel ein und benutzt sie als Deckung zum Druck von Papiergeld. Nach gewonnenem Krieg hätte das System dann durch Ausplünderung der eroberten Territorien funktionieren sollen.

Im Prinzip verhält sich die geldhungrige Obrigkeit wie jenes Bäuerlein, das zur Führung eines Girokontos überredet worden ist, bald darauf wegen der Überziehung seines Kontos gemahnt werden muß - und nun nach einigem Überlegen erklärt: „Kein Problem, stelle ich der Bank eben einen Scheck aus“. Nur daß unser Bauer nicht wie ein Staat durch Zwangsschenkungen der eigenen und Unterjochung fremder Bevölkerungen den Scheck decken kann.

Heute werden in den Problemen von 1720 und 1796, aber auch in der deutschen Hyperinflation nach dem Ersten Weltkrieg (1919-1923) und im "Schwarzen Freitag" von 1929, vielfach nur Betriebsunfälle gesehen, die durch eine verbesserte Geldtechnik vermieden werden könnten. Sicher ist es richtig, daß ein Grund des Zusammenbruchs 1720 und 1796 in der unbeschränkten Emission ohne adäquate Deckung (z.B. durch Warenwechsel oder andere Wertpapiere) liegt. Daraus hat man gelernt, Mindestreserven zu halten und die Geldmenge von den bei der Notenbank durch die

Geschäftsbanken eingereichten diskontierten Handelswechseln, Lombardkredit<sup>8</sup> und Wertpapieren abhängig zu machen. Doch diese technische Lösung trifft noch nicht den Kern des Problems, der in der Rückbindung der Geldprozesse an einen gesunden, das gegenseitige Vertrauen rechtfertigenden arbeitsteiliger kooperativen Leistungsprozeß besteht. Der Rekurs R. Steiners auf den "Weizen" als Bezugsgröße für die Bestimmung des Geldwertes im 14. Vortrag des Nationalökonomischen Kurses bedeutet m.E. in keiner Weise ein Zurück zu irgendeiner Form des Sachgeldes, sondern gerade das Hinblicken auf die Realbedeutung des im Gelde vorliegenden Wertausdrucks, die Wiederherstellung seines Bezugs zum wirtschaftlichen *Leben*.

Man sagt leicht: „Der Goethe läßt den Ahri-man/Mephistopheles das Papiergeld erfinden. Da sieht man es, das Geld ist eben vom Teufel.“ Aber man übersieht dabei, daß Goethe Ahriman eine ganz bestimmte verdinglichende Form der Lösung des Deckungs- und Akzeptanzproblems in den Mund legt - und auf diese kommt es an! - Das Teuflische an der Sache liegt in Fiktion der dinglichen Deckung, darin, daß die Akzeptanz dadurch erreicht wird, daß man „den Sinn des Habens“ (Marx) im Menschen anspricht.

### Geld und Geist

In der Frage nach der Deckung des Geldes steckt letztlich die nach der Substanz des Wertes. Schon Aristoteles gibt sich nicht mit der Form der Gleichsetzung von Waren im Austausch zufrieden, sondern fragt nach dem gemeinsamen Dritten, das jene Gleichheit ermögliche. Die Antwort, der Wert des Geldes bestimme sich wie jeder andere durch Angebot und Nachfrage, führt in den Zirkel, daß in der Tausch-wirtschaft beide, sowohl Angebot wie Nachfrage in Geld gemessen werden, wodurch das erst zu Erklärende bereits in der Erklärung vorausgesetzt werden müßte. Das Geld ist allgemeines Äquivalent, und das Allgemeine kann keine einzelne Ware sein. So ist schon auf der Stufe des Sachgeldes die Äquivalentware nur die Chiffre, deren Bedeutung eben "Geld" ist. Gemeinsam sei allen Waren, daß sie Produkte menschlicher Arbeit seien, daher sei die Werts substanz als abstrakt-menschliche Arbeit - in Zeit gemessen - zu bestimmen, führte seinerzeit Marx aus. Indem wir die Arbeit nicht in ihrer Besonderung betrachten, sondern als die Realisation menschlicher Fähigkeit, kann aber gerade der physische Aspekt der

Arbeit eben nicht der entscheidende sein. Physische Kraft schafft keine Arbeitsteilung, keinen Tausch, ist nicht unternehmend usw. Es ist der menschliche Geist, der dies alles ist, der in umfassender Versatilität in jeder Arbeit sich betätigen und alle Arbeitsprodukte aufeinander beziehen kann. Daher ist R. Steiner wohl im Recht, wenn er der Marxschen Theorie des Geldes als Inkarnat (physischer) Arbeit die These entgegenstellt, das Geld sei der in der Wirtschaft tätige Geist bzw. sein Instrument und Ausdruck.<sup>9</sup>

Im Verhältnis von Geld und Geist liegt ein Rätsel (das zutiefst mit der Problematik des Bewußtseinsseelezeitalters zusammenhängt): Daß wir unser eigenes geistiges Vermögen von uns ablösen, den in der Wirtschaft schaffenden und wirkenden Geist verleugnen und uns zum Diener des äußeren "Vermögens" machen, ja diesem äußeren Vermögen alle Eigenschaften des Geistes - unerschöpfliche Selbstvermehrungs- und Steigerungskraft - zuschreiben. Dadurch öffnen wir das Einfallstor für den in der Wirtschaft tätigen Ungeist. Vom Gold, das in Tempeln Symbolum war für den Geist, sind wir zum Kultus des Mammons gekommen. Aber zugleich sind wir in die Freiheit entlassen: es liegt an uns, ob wir die Geldprozesse so gestalten lernen, daß sie - wie schon die Templer es erstrebten - in neuer Weise das Leben des Geistes ermöglichen, das heute ein freies Geistesleben sein darf. In der Schenkung an das Geistesleben trägt das Wirtschaftsleben eine Dankeschuld ab und sichert zugleich seine eigene Zukunft: denn es ist der Geist, der das Wirtschaftsleben mit Fähigkeiten ernährt, wie das Wirtschaftsleben die Kultur mit materiellen Gütern ernähren muß.

Geldwesen in seiner pervertierten Form ist ein unentwegtes Raffens, das Produzieren nur Mittel des Raffens. Das Geldwesen in seiner wahren Form als Ausdruck des Geistes ist unentwegtes und unerschöpfliches Produzieren und Sich-Verschenken. Und damit bin ich wieder bei Arnes Kaufladen. Wenn wir den Geist fördern, bekommen wir nicht nur den Gegenwert, wir bekommen immer mehr heraus, und wir werden immer neu beschenkt.

<sup>9</sup> Keime für eine zukünftige geistgemäße Ordnung der Geldverhältnisse wurden vom Templerorden gelegt, der aus den Kreuzzügen hervorging.

"Die Templer hatten sich im Laufe der Zeit zu einer großen Wirtschaftsmacht entwickelt, der Orden war das große europäische Bankhaus geworden, dessen Mittelpunkt der *Temple* in Paris war. Auch die übrigen Templerhäuser unterhielten Wechselbanken, die ursprünglich zur Bequemlichkeit der Kreuzfahrer deren Gelder entgegennahmen und dafür Wechselbriefe auf die Ordenshäuser im Morgenland ausstellten. Später wurde hieraus ein allgemeiner Geldverkehr für Fürsten und Private, die sich dieser Einrichtungen bedienen wollten. Die Tempelhäuser vergaben auch Anleihen. Durch ihren internationalen Geld- und Überweisungsverkehr konnten sie auch Abgaben des französischen Klerus nach Rom überweisen, obwohl der französische König, Philipp der Schöne, die Bezahlung der Abgaben im Verlauf seines Kampfes gegen den Papst Bonifaz VIII. verboten hatte [...] So sehr waren die Templer im kaufmännischen und Bankwesen zu Hause, daß Päpste, Könige und zahlreiche andere Fürsten aus ihren Reihen sich ihre Kämmerer und Finanzbeamten nahmen. Philipp der Schöne selbst beschäftigte zahlreiche Templer als Steuereinnahmer ganzer Provinzen." (Karl Heyer, *Mittelalter*. Beiträge zur Geschichte des Abendlandes II. Stuttgart, 3. Aufl. 1985; S. 78f.) Die Schätze des Ordens gehörten nicht dem einzelnen Templer, sondern sollten selbstlos in den Dienst geistiger Ziele gestellt werden. Philipp der Schöne (1285-1314) bereitete dem Orden aus egoistischem Macht- und Goldstreben ab 1312 ein furchtbares Ende (1314 wird der Großmeister Jakob von Molay verbrannt).

<sup>8</sup> Für Leser, die mit dem Thema weniger vertraut sind: Wechsel sind Urkunden, die ein Zahlungsverprechen dokumentieren. Die Schuld kann im vereinfachten und beschleunigten Verfahren auf dem Zwangsweg eingetrieben werden. Jeder Wechsel hat ein Fälligkeitsdatum, z.B. nach 3 Monaten. Der Lieferant bekommt für den Wechsel sofort Geld von der Bank. Den Ankauf von Wechseln unter Zinsabschlag (und dem Vorbehalt der pünktlichen Einlösung) nennt man diskontieren. Solche Wechsel reichen die Geschäftsbanken bei der Bundesbank ein, um sich mit Geld zu versorgen. Der Diskontsatz fungiert als Leitzins und ist ein wichtiges Instrument der Geldmengenregulierung. Lombardkredit: Gewährung von Darlehen gegen Verpfändung von Wertpapieren oder Waren. Die Bundesbank gewährt solche Kredite für bestimmte festverzinsliche Wertpapiere und Waren. Der Lombardsatz liegt in der Regel 1% über dem Diskontsatz. D.h. Geld, das Bundesbank (Zentralbank) in Umlauf bringt, hängt mengenmäßig von den eingereichten Wechseln und Wertpapieren ab, die natürlich wieder auf den Markt geworfen werden können. Wertpapiere sind Aktien, Pfandbriefe, Obligationen usw.

# Dokumentation

## Europäisches Forum für Freiheit im Bildungswesen

*(cs) Vom 25. - 29. Mai fand, wie bereits im letzten Rundbrief berichtet, ein Treffen des Europäischen Forums für Freiheit im Bildungswesen (E/F/F/E) in Bern statt. Behandelt wurde von den 328 Teilnehmern, u.a. in zahlreichen Arbeitsgruppen, die Frage: „Wieviel Staat braucht die Schule?“*

*Ein Ergebnis des Treffens war das im folgenden dokumentierte Manifest zur Frage der Schulaufsicht, das auf einem Vorschlag von Ingo Krampen und Leonhard Jost basiert. Bereits früher hatte es zu diesem Thema im Rahmen des Forums Diskussionen gegeben. Bereits vor vor einiger Zeit hatten in diesem Zusammenhang Reinald Eichholz, Katja Meyer zu Heringsdorf und Lukas Meister ein wichtiges Thesenpapier zur Schulaufsicht verfaßt, das im „Rundbrief Nr. 2, Juni 1992, auszugsweise veröffentlicht wurde. Der Leser mag selber dieses Dokument mit dem jetzt vorliegenden Manifest vergleichen.*

*Ebenfalls dokumentiert wird der Entwurf einer Erklärung, der in der Arbeitsgruppe „Die Rolle des Bildungswesens für die Frage der (nationalen) Minderheiten“ beim Berner Kolloquium diskutiert wurde.*

*Adresse: European Forum for Freedom in Education (E/F/F/E), Annener Berg 15, D-58454 Witten.*

## Berner Empfehlungen zur Neuordnung der Schulaufsicht

verabschiedet vom Europäischen Kolloquium in Bern, 28. Mai 1994

### Grundsätzliches

Der Mensch entwickelt in einem anspruchsvollen, höchst komplexen Prozeß seine Persönlichkeit. Jedes Kind hat ein subjektives Menschenrecht auf Entwicklung und Entfaltung seiner Individualität (vgl. Übereinkommen der Vereinten Nationen vom 20.11. 1989). Die Erziehung der Kinder ist natürliches Elternrecht; Kinder gehören jedoch weder den Eltern noch der Schule, weder der Kirche noch dem Staat.

Schulen als Lebensraum der Kinder und als Institutionen systematischer Entwicklung von Wissen, Fertigkeiten, Fähigkeiten unterstützen treuhänderisch die primär den Eltern zukommende, aber nicht von ihnen allein zu erfüllende Aufgabe, für die menschengemäße Entwicklung und Bildung der heranwachsenden Generation zu sorgen. Staaten sind kaum mehr homogene Gemeinschaften, sondern multikulturelle und pluralistische Gesellschaften. Dem hat das Schulwesen Rechnung zu tragen.

Unter jeder Trägerschaft unterstehen Schulen einer öffentlichen (nicht mit staatlich gleichzusetzenden)

Verantwortung. Der rechtsstaatliche Grundsatz einer allen Menschen gleichermaßen zukommenden Menschenwürde ist verbunden mit dem Recht des Einzelnen auf individuelle Entwicklung. Dieses ist einerseits zu schützen vor unzulässigen Eingriffen durch die Gesetz- und Verordnungsgebung, andererseits muß sichergestellt werden, daß „Bildung“ der Persönlichkeit auch tatsächlich erfolgt.

Damit **Eltern** ihre erzieherische Verantwortung wahrnehmen und sachlich notwendig auch teilweise delegieren können, muß das Schulprofil von Eltern und Lehrkräften gemeinsam definiert und erarbeitet werden können. Dazu brauchen sie Entscheidungsgrundlagen. Leitideen, Ziele und praktizierte Methoden der Schulen müssen offen dargelegt werden (**Transparenz**).

### Staatliches und gesellschaftliches Handeln im Bildungswesen

Jeder Rechtsstaat hat ein in demokratischen Prozessen legitim und treuhänderisch überwiesenes Gewaltmonopol für bestimmte Bereiche des gesellschaftlichen Lebens. Im Bereich der Schule hat die staatliche Aufsicht, unabhängig von der Trägerschaft, sicherzustellen, daß die Rechte des Kindes (und der Eltern) gewahrt und die Bestimmungen der Verfassung erfüllt werden.

Diese rechtsstaatliche Funktion betrifft sämtliche Schulen und Schulträger und ist klar zu trennen von den Aufgaben der *Schulverwaltung*. Hier ist der Staat einzig für die von ihm selbst betriebenen Schulen zuständig, also nicht für Schulen in kommunaler oder freier Trägerschaft. *Aufsichts- und Verwaltungsfunktion dürfen weder legislativ noch verwaltungsmäßig (und gar durch Personalunion) vermischt werden.* Zukunftsgemäß sind die Leitgedanken von **Subsidiarität** und größtmöglicher **Autonomie**.

Im Rahmen rechtsstaatlicher Vorgaben heißt dies im Schulbereich möglichst autonome Erfüllung aufsichtlicher Funktionen durch die Betroffenen selbst.

### Freiheit als Bedingung pädagogischer Praxis

Echtes pädagogisches Handeln kann immer nur in einer konkreten („zusammengewachsenen“) individuellen Situation erfolgen. Frei von Außenbestimmungen haben Erziehende dafür besorgt zu sein, daß das Kind so gefördert wird, wie es letztlich seiner Individualität und Menschenwürde entspricht, freilich ohne dabei die Rechte anderer und die Verantwortung der Gemeinschaft zu mißachten. Pädagogisches Handeln setzt **innere Freiheit** voraus.

Die Erziehenden brauchen jedoch für den Vollzug ihrer „inneren Freiheit“ ein Wirkfeld mit bestimmten Rahmenbedingungen und formell gewährleisteten **äußeren Freiheiten**, u.a. ausreichende wirtschaftliche Sicherung und Unabhängigkeit in der Gestaltung ihres Unterrichts.

Freiheiten verlangen auch Abgrenzungen und Gewährleistung von *Schutz* gegenüber (oftmals auch im

Namen innerer Freiheit erfolgenden) Mißbräuchen. Das unmündige Kind ist ausdrücklich zu schützen vor offensichtlicher oder verkappter Indoktrination, ebenso vor Gewalt oder seelischer Verletzung.

Somit sind im Bereich der Schulaufsicht *zwei* Aufgabenstellungen zu unterscheiden, nämlich *Rechtsaufsicht* und *Fachaufsicht*.

**Rechtsaufsicht** hat zu prüfen, ob verfassungsmäßige Normen und (in demokratischer Weise legitimierte) Gesetze, somit auch Rechtsgleichheit, eingehalten werden. *Damit gewährleistet sie zugleich die für das Schulwesen unverzichtbaren äußeren Freiheitsräume (Die Prüffrage lautet: Ist es legal oder nicht?).*

**Fachaufsicht** trägt dazu bei, daß die unterrichtlichen Abläufe und pädagogischen Maßnahmen tatsächlich zur *Förderung und Entwicklung des Kindes und Entfaltung seiner Begabungen* führen (Die Prüffrage lautet: *ist es pädagogisch gut oder nicht?*).

**Rechtsaufsicht** ist eine öffentliche, vom Staat wahrzunehmende Aufgabe, **Fachaufsicht** (nachfolgend wesentlich als Schulberatung definiert) ist eine öffentliche Aufgabe, die von nichtstaatlichen Trägern wahrgenommen werden kann, in die auch Eltern einzubeziehen sind. Nur Rechtsaufsicht kann Eingriffsrechte wahrnehmen, Fachaufsicht nicht. „Gute“ Pädagogik läßt sich nicht verordnen.

Zu den Aufgaben der Rechtsaufsicht gehört auch die Zulassung von Schulen, d.h. die Sicherstellung, daß die für den Betrieb der Schule geltenden Rechtsregeln eingehalten werden. Inhaltlich-qualitative Anforderungen können nicht Gegenstand eines hoheitlichen Zulassungsverfahrens sein.

### Grundsätze für die Schulberatung

Fachaufsicht (als Mittel zur Sicherung der pädagogischen Qualität) kann ihrem Wesen nach nur als Beratung und Weiterbildung erfolgen; sie wird zur partnerschaftlichen Schulberatung, ohne hoheitliche Eingriffs- und Weisungsrechte. Wo Eltern frei zwischen offen dargelegten unterschiedlichen Schulkonzepten wählen können, üben sie damit zusätzlich durch Wahl bzw. Abwahl eine gewisse Kontrolle über die Qualität der Schulen aus und tragen so zur Qualitätssicherung und Qualitätssteigerung bei. Dies setzt Selbstevaluation der Lehrkräfte und Dialogbereitschaft der Schulen voraus.

### Freiheitliche Formen der Schulberatung

Ziel der Schulberatung ist die Sicherung und Verbesserung der pädagogischen und sozialen Qualität im schulischen Geschehen. Sie verwirklicht dies durch **Beratung** und **Dialog**

a) schulintern (kollegial sowie mit Eltern und älteren Schülerinnen und Schülern)

b) schulübergreifend (lokal, regional, national, länderübergreifend), z.B. in „*Bildungsparlamenten*“, die mit Bedacht offen angelegt sind, Eltern einbeziehen müssen und auch Künstlerinnen und Künstler, Vertreter und Vertreterinnen der Wirtschaft usw. einbeziehen können;

c) in themen- und fachspezifischen Gruppen, z.B. in *Dialoggruppen* von Lehrkräften gleicher pädagogischer

Grundausrichtung.

Mit der Fachaufsicht sind *keine* Weisungsrechte und Sanktionsbefugnisse verbunden. Für die *Berater* selbst ist ausreichende Praxiserfahrung (z.B. mit periodischer Rückkehr in den Schuldienst oder verbunden mit einem Teilpensum) unabdingbar und systematische Fortbildung selbstverständlich.

Aufgabe der fachlichen Dialoggruppen ist die Beratung von einzelnen Lehrkräften oder Kollegien, die Erarbeitung von Empfehlungen, die Erhebung von Fortbildungsbedürfnissen sowie die Organisation entsprechender Angebote.

Da das Recht des Kindes auf Bildung ein Grundrecht ist, darf dessen Verwirklichung nicht von den finanziellen Verhältnissen der Eltern abhängen; die **Finanzierung** ist zwar eine solidarisch von der Gesellschaft zu übernehmende Aufgabe, was aber keineswegs heißt (obwohl aus der Schulgeschichte heraus verständlich), daß der Staat das Schulmonopol ausübt. Eine pluralistische Gesellschaft braucht unabdingbar vielfältige und alternative Schulkonzepte. Die Rechtsaufsicht des Staates hat einzig die Einhaltung der rechtlichen Rahmenbedingungen zu kontrollieren. Dazu gehört insbesondere die Offenlegung des Schulkonzepts und die Durchführung der Qualitätssicherung durch fachlichen Dialog.

Die Finanzierungspflicht der Gesellschaft (erst sekundär des Staates) darf nicht gekoppelt werden mit der Durchsetzung einheitlicher Lehrpläne oder Lehrmethoden oder organisatorischer Vorgaben, soweit sie nicht rein rechtliche Rahmenbedingungen sind.

### Thesen

1. Der gesellschaftliche Wandel erfordert die Verwirklichung des Individualrechts auf Entwicklung und persönliche Entfaltung in Freiheit und Verantwortung.

2. Dem Wertepluralismus multikultureller Gesellschaften entspricht größere Vielfalt im Bildungswesen, die aber nicht zu elitären Reservaten von „Privatschulen“ führen darf. Öffentliche Schulen mit staatlichen Lehrplänen, mit (bewährten) reformpädagogischen Ansätzen und solche, die neue pädagogische Konzepte initiieren, können nebeneinander bestehen und ermöglichen den Eltern echte Wahlfreiheit.

Es gilt der Grundsatz der Autonomie der einzelnen Schule in inhaltlich-pädagogischer, organisatorischer und finanzieller Hinsicht.

3. Im Bereich der institutionalisierten Bildung sind die notwendigen Aufsichtsfunktionen neu zu definieren: Der Staat übernimmt die Rechtsaufsicht; er kontrolliert insbesondere die Einhaltung von verfassungsmäßigen Grundrechten und demokratisch legitimierten Gesetzen. Pädagogisch-inhaltliche Festlegungen können jedoch weder Gegenstand von Gesetzen noch von Verordnungen sein. Die Qualitätssicherung der Bildungsinstitutionen erfolgt als Schulberatung im Dialog schulintern und schulübergreifend (örtlich, regional usw. und auf fachlich-pädagogischer Ebene). Der Staat überprüft die Offenlegungspflicht für Bildungskonzepte sowie die Beteiligung am schulübergreifenden Dialog.

4. Die staatliche Rechtsaufsicht umfaßt alle Schu-

len; getrennt davon verwaltet und führt der Staat nur seine eigenen Schulen, nicht aber Schulen in freier Trägerschaft.

5. Die Finanzierung ist staatliche Aufgabe, aber gebunden an Erfüllung der rechtsaufsichtlichen Rahmenbedingungen. Schulen, die die rechtlichen Rahmenbedingungen erfüllen, haben Anspruch auf angemessene Finanzierung.

## Entwurf einer Erklärung zum Minderheitenrecht im Bildungswesen

### Definition

1.1. Angehörige von Minderheiten im Sinne dieser Erklärung unterscheiden sich von der nationalen (staatstragenden) Mehrheit durch ethnische Eigenschaften sowie durch Sprache, Kultur oder Religion.

1.2. Die Zugehörigkeit zu einer Minderheit ist unabhängig von der Staatsbürgerschaft des Betroffenen und unabhängig davon, ob er oder sie zugewandert oder alteingesessen ist.

### Rechtsschutz und Unterstützung

2.1. Angehörige von Minderheiten bedürfen innerhalb des als Einheit verstandenen Nationalstaates besonderen *Schutz* in bezug auf ihre (Menschen-)Rechte in der Gesellschaft und auf die Pflege ihrer Kultur.

2.2. Sie dürfen nicht „Bürger zweiter Klasse“ sein, und ihre Rechts sollten besondere *Unterstützung* finden, wenn sie ihre Kultur in der Öffentlichkeit pflegen, ihrer Religion nachgehen und ihre Sprache gebrauchen wollen.

### Elternrechte und Kinderrechte

3.1. Das Recht auf Bildung ist zu gewährleisten.

3.2. Kinder haben das Recht, in der Kultur der eigenen Minderheit aufzuwachsen sowie an der Kultur des Landes, in dem sie leben, teilzunehmen.

3.3. Eltern (Erziehungsberechtigte) sollten daher die Möglichkeit haben, frei zu wählen, wie ihre Kinder erzogen und ausgebildet werden, bis die Kinder diese Wahl selbst treffen können.

3.4. Die Teilnahme an Bildungsveranstaltungen in anderen Staaten ist zulässig, ebenso der Kulturaustausch über die Grenzen der Staaten hinweg.

### Spannungsfeld der Kulturen

4.1. Kein Kind soll in eine Bildung hineingezwungen werden, die zu jener der eigenen Minderheit in Widerspruch steht.

4.2. Ebenso soll es keinem Angehörigen einer Minderheit verwehrt bleiben, an dem Unterricht der Mehrheit oder anderer Minderheiten teilzunehmen.

### Muttersprache und Landessprache

5.1. Jeder hat das Recht, die Muttersprache zu lernen und an der mit ihr verbundenen Kultur teilzunehmen.

5.2. Außerdem hat jeder das Recht, die Landessprache(n) (Amtssprache(n)) des Landes, in dem er lebt, zu lernen.

### Aufgaben des Staates

6.1. Der Staat, in dem Minderheiten leben, hat deren Rechte zu gewährleisten.

6.2. Entsprechende Einrichtungen sind dort ins Leben zu rufen, wo sie nicht schon bestehen.

### Regelschulen

7. Staatliche Schulen (Regelschulen, Monopolschulen) sollen, wenn irgend möglich, den Unterricht in der Sprache des Kindes, einschließlich des Unterrichts dieser Sprache selbst, ermöglichen, wenn die Eltern (Erziehungsberechtigten) dies wünschen und eine vertretbare Klassenstärke zustandekommt oder ersatzweise in außerschulischem Unterricht eingerichtet werden kann.

### Schulen in freier Trägerschaft

8. Das allgemeine Recht, Schulen zu gründen und zu betreiben, das Recht der freien Schulwahl sowie das Recht, Verbände für Bildungszwecke einzurichten, gilt in vollem Umfang und gerade auch für die Angehörigen von Minderheiten.

### Schulaufsicht

9. Angehörige von maßgeblichen Minderheiten sollten in der etwaigen Schulaufsicht von Minderheitenbildung einbezogen werden.

### Rechtsschutz und Finanzierung

10. Der Staat hat diese Rechte zu garantieren. Der *Unterrichtsbetrieb* (z.B. Schulen und Klassen) sollte mindestens die gleiche Unterstützung bekommen wie andere Schulen und Klassen.

# Bekanntmachungen und Termine

## Lebensfragen Landwirtschaft - Hannover 30.9. - 3.10.

Koordiniert durch die INITIA e.V. findet in der Freien Waldorfschule Hannover-Maschsee vom 30.9. - 3.10. eine Tagung - verbunden mit Ausstellung und Hof-Fest statt. Themen der Tagung: Biologisch-dynamische Landwirtschaft, Ernährung und Verbraucher, Umwelt und Gesellschaft. Zum Kreis der Referenten gehören die niedersächsische Umweltministerin Monika Griefahn und Andreas Suchantke vom Wittener Waldorflehrerseminar.

*Anmeldung und Auskünfte: INITIA e.V., Brehmstr. 10, D-30173 Hannover. Tel.: 0511-853015. Fax: 0511-853021.*

## Geht uns die Arbeit aus? Eine Herausforderung für die Unternehmen

Zu diesem Thema findet vom 1.-3. Dezember 1994 in der Wilken GmbH in Ulm das 6. Unternehmer-Seminar von Sagres-Services statt. Themen: Der Arbeitsbegriff im Wandel: Vom Job-Verhalten zum Mitgestalten - Der Arbeitsplatz als Ort individueller Entfaltung für Unternehmer und Mitarbeiter - Der Mit-Arbeiter als Mit-Träger der unternehmerischen Zukunft - Arbeit in der Zukunft: Arbeitsmotivation, Arbeitsformen, Arbeitsfelder - Die Kunst als Modell künftigen Arbeitens und des Gestaltens der Unternehmensprozesse. Mitwirkende u.a.: Klaus Fischer, Gerd Schmäche, Götz Werner, Anemarie Ehrlich, Elmar Lampson und Johannes Mattiessen.

Teilnahmegebühr 1.200,- DM zzgl. MwSt. Rabatte auf Anfrage. Anmeldeschluß 15. November. *Nähere Informationen: Klaus Fischer, Sagres Services, Am Taubenfeld 12, Tel. 06221/831094, Fax: 06221/839026.*

Sagres Services veranstaltet außerdem eine Reihe weiterer offener, überbetrieblicher Seminare, u.a. ein Rhetorik-Seminar „Reden im Leben - Leben in der Rede“ mit Marc Vereeck (Heidelberg, 20.-21.1. 1995). *Nähere Informationen s.o.*

## Unterschriftenaktion von Pro Asyl

Unter dem Motto „Nein zu Fremdenfeindlichkeit und Rassismus“ werden derzeit Unterschriften unter folgenden Text gesammelt: „Arbeitslosigkeit, Kriminalität und Wohnungsnot sind die vorherrschenden Themen im Wahljahr. Manche Politiker machen dafür Ausländer, Asylsuchende und Aussiedler verantwortlich.“

In der Bevölkerung verbreitet sich Angst vor Fremden. Eine kleine Minderheit nutzt solche Stimmungen aus, um mit Gewalt gegen Fremde vorzugehen. Das hat

in unserer Geschichte schon einmal in die Katastrophe geführt.

*Wir bitten die Verantwortlichen in der Politik:* Verhindern Sie, daß fremdenfeindliche und rassistische Stimmungen zum Stimmenfang mißbraucht werden.

*Wir bitten die Bürgerinnen und Bürger:* Machen Sie von Ihrem Wahlrecht Gebrauch! Geben Sie Ihre Stimme keinen Politikern und keiner politischen Partei, die mit Angst vor Fremden Stimmen zu gewinnen versuchen.“

*Unterschriftenlisten sind erhältlich bei: PRO ASYL, Postfach 101834, 60018 Frankfurt/M.*

## Impulse sozialer Erneuerung Ergänzende Themenabende zur Ausstellung der Wandtafelzeichnungen R. Steiners im Stuttgarter Kunstverein

Aus Anlaß der Ausstellung im Stuttgarter Kunstverein finden im Rudolf Steiner Haus Stuttgart drei öffentliche Vorträge statt. Sie sollen Besuchern der Ausstellung Möglichkeiten zur vertieften Begegnung mit dem Sozialimpuls R. Steiners bieten. Dr. Walter Kugler wird am 31. Oktober (20.00 Uhr) einleitend zum Thema „Rudolf Steiner als Pionier kultureller Selbstverwaltung“ referieren. Gerhard Waterstradt behandelt am 7. November „Rudolf Steiner als Unternehmer“, Dr. Christoph Strawe am 14. November „Rudolf Steiner als Politiker“.

## Wirtschaftskunde und Buchführung Fortbildungstagungen für Lehrer

23. - 25. September 1994: Fortbildungstagung für Klassenlehrer - Mathematikunterricht und Wirtschaftskunde in der 6. und 7./8. Klasse. Ort: Freie Hochschule für anthroposophische Pädagogik, Mannheim. Mitwirkende: Christian Czesla, Prof. Ernst Schuberth, Klaus Benkhofer.

10.-12. März 1995: Fortbildungstagung für Lehrkräfte der Oberstufe - Wirtschaftliche Grundkenntnisse und Rechnungswesenskunde in der 9./10. und 11./12. Klasse. Ort: W.E. Barkhoff-Institut, Hannover-Bothfeld.

Teilnahmebeitrag jeweils 40,- DM. *Nähere Information und Anmeldung:* Freie Waldorfschule Bothfeld, M. K. Ramaswamy, Weidkampshaide 17, 30659 Hannover.

## Arbeitsgruppe für soziale Fragen in Moskau

(cs) In Moskau hat sich vor einiger Zeit eine kleine Arbeitsgruppe konstituiert, die sich mit Fragen der Dreigliederung des sozialen Organismus beschäftigt. Die Mitglieder kommen zum Teil aus dem Bereich der Moskauer Waldorfschule. Einige Mitglieder nahmen kürzlich in Dornach an einer Tagung der Fortbildungsreihe „Individualität und soziale Verantwortung“ teil.

Die Gruppe wünscht sich vielfältige Arbeitskontakte und Begegnungsmöglichkeiten mit Menschen im Westen, die an dem Thema der sozialen Erneuerung arbeiten. Es wird um Kontaktaufnahmen mit Nina Maschratschowa oder Wladimir Tichomirow unter den folgenden Adressen gebeten:

## Alternative Wirtschaftswissenschaft und Praxis. - Tagungen der Johannes-Kreyenbühl-Akademie

17./18. September 1994: **Effiziente Wertbildung und faire Wertverteilung zur Überwindung der Arbeits- und Einkommenslosigkeit.** Seewenweg 5, CH-4153 Reinach bei Basel. In Verbindung mit dem Konsumentenverein Zürich.

7.-9. Oktober 94: **Erkennen im Wirtschaftsbe- reich - Handeln aus Einsicht im Wirtschaftsbereich.** Universität im Bauernhaus. Reichenbachstr. 15, D 09661 Striegistal/Gossberg

Mitwirkende sind u.a. Dr. Michael Rist und Roland Neff.

*Nähere Informationen und Anmeldeunterlagen: Jo- hannes Kreyenbühl-Akademie, Seewenweg 5, CH 4153 Reinach/BL, Tel./Fax: 0(041)961/7120910.*

## Fortbildungsseminare „Individualität und soziale Verantwortung“ - Terminübersicht:

### I. Vertiefungsseminare

17. - 20. November 1994

**Arbeitslosigkeit - Schicksal oder Aufforderung zum Umdenken? - Die soziale Frage am Ende des Jahr- hundert.** Tagung, Berlin. Gemeinsame Veranstaltung mit der Anthroposophischen Gesellschaft in Deutsch- land.

Do, 9. - So, 12. März 1995

**Sozialstaat in der Krise - Ursachen und Auswege** (Alterssicherheit, Gesundheitswesen, Finanzierung). Verlängertes Wochenendseminar, Universität Wit- ten/Herdecke

12. - 14. Oktober 1995

**Partnerschaft im Unternehmen und zwischen Un- ternehmen.** Seminar, Anthroposophisches Zentrum Kassel. Gemeinsame Veranstaltung mit der Arbeitsge- meinschaft für Partnerschaft in der Wirtschaft (AGP).

**Weitere Seminare sind geplant.**

### II. Einführungsseminare

#### I. Freiheit als Gestaltungsprinzip des Geisteslebens:

Hamburg: 25. - 27. 11. 1994

Frankfurt: 10. - 12. 2. 1995

Kassel: 28. - 30. 4. 1995

#### II. Assoziatives Wirtschaften - Wege zur Brüder- lichkeit im Wirtschaftsleben:

Hamburg: 17. - 19. 2. 1995

Frankfurt: 24. - 26. 3. 1995

Kassel: 26. - 28. 5. 1995

#### III. Lebensfelder der Gleichheit: Recht, Staat, Poli- tik:

Hamburg: 17. - 19. 3. 1995

Frankfurt: 12. - 14. 5. 1995

Kassel: 23. - 25. 6. 1995

*Nähere Informationen und Anmeldeunterlagen: Institut für soziale Gegenwartsfragen Stuttgart, Haußmannstr. 44a, D-70188 Stuttgart, Tel.: 0711-2368950, Fax: 0711-2360218.*

# Arbeitslosigkeit - Krise und Chance

Wie kann die Dreigliederungsbewegung aktiv werden?

Arbeitstreffen der Initiative „Netzwerk Dreigliederung“ im Anschluß an die Berliner Tagung zum Thema „Arbeitslosigkeit“ (17.-20. November 1994)

Sonntag, 20. November 1994

Rudolf Steiner Schule Berlin, Clayallee 118, D-14195 Berlin

Beginn 14.30 Uhr - Ende ca. 18.00 Uhr

Das Treffen soll einerseits Teilnehmern der Tagung ermöglichen, die Initiative „Netzwerk Dreigliederung“ kennenzulernen. Es soll andererseits der Nachbesprechung der Tagung im Hinblick auf eine kontinuierliche Arbeit an dem Thema dienen. Dabei wird es vor allem auch um den Erfahrung- und Ideenaustausch über regionale Aktivitäten gehen (wozu Beiträge erbeten sind). Das Gespräch wird von Christoph Strawe mit einer Darstellung der Initiative „Netzwerk“ eingeleitet.

Da viele „Netzwerker“ sowieso bei der Tagung anwesend sein werden, ist eine besondere Anmeldung nicht erforderlich.

Im Anschluß an das Treffen möchten wir gerne im Kreis der „Kostenausgleicher“ den Etat 95 besprechen. Es wäre sehr schön, wenn sich möglichst viele Kostenausgleicher die Zeit bis etwa 19.30 hierfür reservieren könnten.

**Gesamtprospekte über die Berliner Tagung mit den Anmeldeunterlagen zur Weiterverteilung erhalten Sie über das Büro. Das gleiche gilt für Plakate.**

✂ .....

## Antwortformular

Bitte ausfüllen und einsenden an Initiative "Netzwerk Dreigliederung", Büro Strawe, Haußmannstr. 44a, D-70188 Stuttgart

**0 Bitte schicken Sie mir bis auf Widerruf den "Dreigliederungs-Rundbrief" zu** (mein Kostenbeitrag für den Rundbrief beträgt DM ..... /Jahr).

**0 Bitte schicken Sie mir ..... Expl. Probenummern des Rundbriefs zum Weitergeben (Werbung).**

**0 Bitte schicken Sie eine Probenummer des Dreigliederungs-Rundbriefs an die folgende Adresse:.....**

.....

Name des Absenders.....  
(Name und Adresse bitte in Druckschrift)

Adresse/Telefon.....

Datum, Unterschrift .....

